

Hamburg, den 4. November 2023

Stellungnahme zu den geplanten Kürzungen der Mittel für politische Bildung

Sehr geehrte Bundesinnenministerin Nancy Faeser,
Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,

mit großer Sorge haben wir, die Gesellschaft für Medienwissenschaft mit über 1.500 Mitgliedern, die Debatten über geplante Kürzungen im Bereich der politischen Bildung zur Kenntnis genommen. Wir als Medienwissenschaftler:innen bitten Sie dringend, diese anvisierten Kürzungen nicht umzusetzen!

Die gegenwärtige Dringlichkeit, politische Bildung zu fördern, ergibt sich insbesondere durch den Einflussgewinn demokratiefeindlicher und gesellschaftliche Ungleichheit verschärfender Kräfte (vgl. die jüngste „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung). Politische Bildung ermöglicht nicht nur, die aktuellen Veränderungen zu verstehen, sondern befähigt Menschen zur politischen Teilhabe. In diesem Sinne ist politische Bildung eine wichtige Säule der Prävention vor rechten Diskursverschiebungen und der Aktivierung zivilgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit gegen Rechts. Dass Einrichtungen wie die Bildungsstätte Anne Frank, die Amadeu Antonio Stiftung und die Bundeszentrale für politische Bildung neben anderen weiterhin in der Lage sind, demokratiegefährdende Potentiale ausfindig zu machen, zu analysieren und konkret auf diese zu reagieren, ist fundamental wichtig. Politische Bildung, insbesondere mit Blick auf digitale Kompetenzen, sollte daher gerade zu diesem Zeitpunkt gestärkt werden, statt mit Mittelreduktion eingeeht zu werden. Eine Institution wie die Bundeszentrale für politische Bildung mit einer starken Kürzung zu konfrontieren, gefährdet nicht nur deren eigenen Gestaltungsrahmen, sondern die vielen von ihr geförderten Projektträger wie z.B. das Anne Frank Zentrum, Arbeit und Leben, Each One Teach One oder das Haus der Kulturen der Welt bzw. Bundesprogramme wie „Zusammenhalt durch Teilhabe“ oder Förderprogramme wie „Stärkung politischer Bildung zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Verschwörungsideologie“ oder „Rassismuskritische politische Bildung stärken“.

Wir können es uns gesellschaftlich nicht leisten, auf diese und andere Projekte und Programme zu verzichten. Auch wir als Wissenschaftler:innen können es uns nicht leisten. Die Impulse sowie die Stärkung von Communityarbeit insbesondere im Kontext post/migrantischer Vereine und Verbände sind für die Konsolidierung einer pluralen Hochschule sowie für die Entwicklung kanonoffener Curricula von höchster Wichtigkeit.

Insbesondere die demokratiegefährdenden Entwicklungen im digitalen Raum werden von uns Medienwissenschaftler:innen als alarmierend eingestuft. Die wachsende Bedrohung gesellschaftlichen Zusammenhalts geht mit medialen Veränderungen einher: Wir kritisieren daher insbesondere auch die Kürzungen bundesweiter Netzwerke gegen Hass im Netz, die in den letzten Jahren eminent wichtige Arbeit gegen digitale Gewalt geleistet

**Gesellschaft für
Medienwissenschaft e.V.**

c/o Prof. Dr. Jiré Emine Gözen
University of Europe
for Applied Sciences
Museumstraße 39
22765 Hamburg
www.gfmedienwissenschaft.de
info@gfmedienwissenschaft.de

Kontoverbindung
Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto-Nr. 1238 117 582
IBAN: DE73200505501238117582
BIC: HASPDEHH

haben, indem sie Betroffene unterstützt, konkrete Maßnahmen entwickelt und Aufklärung sowie Prävention geleistet haben.

Von den geplanten Kürzungen ist unter anderem das Projekt „Firewall“ der Amadeu Antonio Stiftung betroffen. In diesem bundesweit aktiven Netzwerk leisten über 100 digitalpädagogisch ausgebildete Multiplikator:innen derzeit immens nachgefragte Bildungsarbeit zu Themen wie Hass und Desinformation im Netz. In schulischen wie außerschulischen Workshops tragen sie damit zu politischer Bildung bei, die unter den digitalmedialen Bedingungen unseres Alltags immer auch Medienbildung sein muss. Die diskursiven Verschiebungen und Radikalisierungen, die sich seit vielen Jahren nicht nur online beobachten lassen, machen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Misogynie, Trans- und Queerfeindlichkeit in sämtlichen medialen (Teil-)Öffentlichkeiten zunehmend selbstverständlich sagbar. Dies verändert die gesellschaftliche Atmosphäre massiv, in der die Androhung von Gewalt ebenso alltäglich geworden ist wie tätliche Übergriffe.

Es gilt, den zur vermeintlichen Legitimierung von Hass und Gewalt kolportierten Desinformationen vorzubeugen und stattdessen zu einem medienkompetenten Umgang mit und entsprechender Ermöglichung zur Teilhabe an politischen Debatten zu bilden. Dafür braucht es das „Firewall“-Projekt.

Auch die gemeinnützige Organisation HateAid ist aufgrund geplanter Kürzungen von massiven Einschränkungen fundamental in ihrer Arbeit bedroht. Sie leistet als zentrale Anlaufstelle insbesondere Beratung und Begleitung von konkret von digitaler (sexualisierter) Gewalt betroffenen Personen, bereitet juristische Vorgehen vor und vermittelt Ansprechpartner:innen für weiterführende Unterstützung unter anderem in den Bereichen IT-Sicherheit und Rechtsberatung. Darüber hinaus vernetzt sie zivilgesellschaftlich engagierte Personen und Gruppen, um das Wissen über Umgang mit Hass und Gewalt im Netz zu multiplizieren und Anstrengungen im Engagement dagegen zu bündeln. Die (Androhung einer) Veröffentlichung privater Daten wie Bilder oder der Wohnadresse lässt sich insbesondere als rechte Strategie identifizieren, um zivilgesellschaftlich engagierte Personen einzuschüchtern und sie von der Teilnahme an medialen Debatten auszuschließen. Unter diesen zeitgenössischen medialen Bedingungen ist es von immenser Bedeutung, dass Anlaufstellen wie HateAid finanziell gesicherte Arbeit leisten und mit ihrem Angebot dazu beitragen können, die erschwerten Bedingungen der Teilhabe für betroffene und oftmals bereits marginalisierte Personen nicht zu einer Verunmöglichung ihres Sprechens in (Teil-)Öffentlichkeiten werden zu lassen.

Als Medienwissenschaftler:innen beobachten, erforschen und reflektieren wir aufmerksam mediale Entwicklungen auch in ihren politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen und sind besorgt über die für Einzelpersonen, spezifische Gruppen und die gesamte Gesellschaft ausgehenden Bedrohungen im medialen Raum und darüber hinaus. Diesen muss dringend durch fundierte politische Bildung und leicht zugängliche Beratungs- und Hilfsangebote für Betroffene entgegengewirkt werden.

Gesellschaft für Medienwissenschaft e.V.
AG Gender/ Queer Studies und Medienwissenschaft
AG Migration, Rassismus, Postkolonialität
AG Populärkultur und Medien
Forum Antirassismus Medienwissenschaft